

Fördert der Staat die Personalnot?

Sozialpolitik hilft denen, die zu wenig Arbeit haben. Kritiker finden das überholt: Knapp sind künftig Arbeitskräfte und nicht -plätze.

Von *Dietrich Creutzburg, Berlin*

Mit dem Arbeitskräftemangel wächst die Vielfalt der Ideen, was sich gegen die neue Knappheit am Arbeitsmarkt tun lässt: Die Ampelkoalition arbeitet an einer Reform des Einwanderungsrechts, um mehr Fachkräfte aus dem Ausland anzulocken. Der frühere SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel macht indes mit dem Plädoyer für eine 42-Stunden-Woche auf sich aufmerksam: Würden inländische Arbeitnehmer wieder länger arbeiten, dann könnte auch das den Mangel ein Stück weit entschärfen, lautet die Idee.

In ähnliche Richtung zielt ein aktueller Vorstoß des Wirtschaftsrats der CDU, der sich vor allem mit der Rolle des Sozialstaats in diesem Zusammenhang befasst. Kurz gesagt: Sind Arbeitskräfte knapp, dann dürfe Sozialpolitik umso weniger in den alten Mustern des Verwaltens von Unterbeschäftigung verharren, die eher auf ein Stilllegen von Arbeitskraft hinauslaufen als auf deren Mobilisierung. Beispiele für Fehlentwicklungen sieht Wolfgang Steiger, Generalsekretär der CDU-nahen Unternehmervereinigung, bei der Förderung von Kurzarbeit und der geplanten Reform der Grundsicherung Hartz IV hin zu einem neuen „Bürgergeld“.

„Überfällig ist ein möglichst schneller Ausstieg aus den teuren Corona-Sonderregeln für das Kurzarbeitergeld“, mahnt Steiger. „Keinesfalls dürfen diese über Ende September hinaus noch einmal verlängert werden“, sagte er der F.A.Z. Und begründet dies so: Nach der Corona-Krise dürften Beschäftigte „nicht in offenbar kaum zukunftsfähigen Jobs gehalten werden, während andere Arbeitgeber händeringend nach Arbeitskräften suchen“ – umso mehr, wenn diese Arbeitgeber dann auch noch als Beitrags- und Steuerzahler „für die arbeitsmarktpolitische Stilllegungsprämie „Kurzarbeitergeld“ aufkommen müssen“.

Bis zur Jahresmitte hatten hierzu grobenteils noch die umfangreichen Corona-Sonderregeln gegolten, etwa der erhöhte Lohnersatz von bis zu 87 Prozent des ausfallenden Nettoverdiensts bei Kurzarbeit; ebenso eine Option für Unternehmen, sich vom Staat bis zu 100 Prozent der bei Kurzarbeit fälligen Sozialabgaben erstatten zu lassen. Für Mai hatte das Ifo-Institut 277 000 Kurzarbeiter ermittelt; Schätzungen zufolge ist die Zahl zuletzt klar gesunken. Einige Sonderregeln, die den Zugang zu Kurzarbeit erleichtern, hatte Arbeitsminister Hubertus Heil (SPD) aber bis Ende September verlängert.

„Die Rückführung des Kurzarbeitergeldes reduziert die Lohnzusatzkosten und schafft so neue Beschäftigungsimpulse“, betont Steiger. „Keinesfalls dürfen neue Gründe wie der Ukrainekrieg als Begründung für die Verlängerung der außergewöhnlich üppigen Kurzarbeiterregelungen vorgeschoben werden.“ In der Wirtschaft gibt es traditionell unterschiedliche Ansichten dazu, wie eilig dieser Ausstieg sei. Da die Industrie neben allen Krisen durch Elektrifizierung und andere Folgen der Energiepolitik belastet ist, gibt es auch gegenläufige Interessen.

Solidarität durch längere statt kürzere Wochenarbeitszeiten

Das neue Großproblem Personalknappheit steht aber auch hinter den Überlegungen zu längeren Wochenarbeitszeiten für Arbeitnehmer, die Ex-SPD-Chef Gabriel nun angestellt hat, inspiriert durch Forderungen von Industriepäsident Sigfried Russwurm nach einer 42-Stunden-Woche: „Wollen wir Menschen nicht lieber wieder mehr verdienen lassen, indem wir etwas länger arbeiten? Das ist eine Frage, die man in Tarifverhandlungen klären muss, denn mit Zuwanderung allein werden wir

das Fachkräfteproblem nicht lösen“, sagte Gabriel der „Bild am Sonntag“.

Er erinnerte daran, dass die Gewerkschaften kürzere Arbeitszeiten als Rezept gegen Arbeitslosigkeit gepriesen hätten: Es galt als Akt der Solidarität, weniger zu arbeiten, um nicht anderen Arbeit wegzunehmen. „Heute haben wir das genau entgegengesetzte Problem“, sagt Gabriel. „Uns fehlen Menschen für die Arbeit, weil die Babyboomer in Rente gehen und danach der Pillenknick kommt.“ Unsolidarisch wären demnach nun eher jene Regelungen, die es Beschäftigten schwer machen, für mehr Geld mehr zu arbeiten, falls sie dies wollen: Arbeitskraft bleibt stillgelegt, obwohl es individuell und gesamtwirtschaftlich besser wäre, sie zu nutzen.

In den gleichen Kontext rückt der CDU-Wirtschaftsrat eine Grundsatzkritik an den Plänen von Arbeitsminister Heil für ein „Bürgergeld“, das die Arbeitsmarktreform Hartz IV ablösen soll. „Entscheidende Säule der Hartz-Reformen war die Stärkung der Eigeninitiative Arbeitsloser – auch durch spürbare Sanktionen“, urteilt Steiger. „So wird Fördern auch zur Förderung von Menschen.“ Doch ebendieser Teil werde nun deutlich eingeschränkt. Für Heil ist ein Kern der Pläne, Transferbezieher im Jobcenter individueller zu betreuen und ihnen mehr „auf Augenhöhe“ zu begegnen. Die Sanktionen hatte die Ampel schon im Mai durch ein befristetes „Moratorium“ ausgesetzt. Mit dem Bürgergeld sollen sie 2023 wieder möglich werden, aber eingeschränkt: Die ersten sechs Monate des Leistungsbezugs gelten dann als „Vertrauenszeit“, in der Bezieher Stellen- oder Förderangebote folgenlos ablehnen können.

„Absurd“ nennt Steiger dies. „Alle Studien belegen doch gerade, dass die Chancen zur Vermittlung in Arbeit für Menschen, die frisch in die Arbeitslosigkeit gerutscht sind, am besten stehen.“ Lasse man erst „Schlendrian in der Koopera-

tion mit den Jobcentern“ zu, verfestige sich Arbeitslosigkeit und falle die Rückkehr in Beschäftigung immer schwerer. Ähnlich skeptisch hatte CDU-Chef Friedrich Merz die Bürgergeldpläne kommentiert: Er sei „sehr gespannt, ob es überhaupt noch irgendwelche Anreize gibt, in den Arbeitsmarkt zurückzukehren“.

Einen Kontrapunkt zu den Bürgergeldplänen setzte aber auch Gabriel: Zwar sei es „ehrenwert“, über Verbesserungen für Transferbezieher nachzudenken, das Problem aber sei: „Wir müssen jetzt vor allem etwas für diejenigen tun, die in diesem Land jeden Tag engagiert arbeiten gehen und mit ihrer Leistung täglich die Voraussetzung dafür schaffen, dass unser Land wirtschaftlich erfolgreich, sozial sicher

und ökologisch engagiert bleibt.“ Sie aber zahlten ohnehin schon hohe Abgaben.

Der CDU-Wirtschaftsrat indes mahnt noch ganz andere Schritte im Kernbereich der Arbeitsmarktpolitik an: Insbesondere gelte es, die „Aufnahmefähigkeit“ des Arbeitsmarkts für Geringqualifizierte und Migranten zu stärken. Dazu listet er auf: „Einschränkungen der Zeitarbeit zurücknehmen, mehr Ausnahmen vom gesetzlichen Mindestlohn ermöglichen, das Arbeitszeitgesetz durch eine Fokussierung auf die wöchentliche anstelle der täglichen Höchstarbeitszeit flexibilisieren und die Betriebsstättenverordnung entschlacken.“

Große Übereinstimmung gibt es darüber, dass schwerfällige Verwaltungsabläufe im Umgang mit qualifizierten Arbeits-

kräften aus dem Ausland flotter werden sollten – mehr, als es durch das Fachkräfteeinwanderungsgesetz von 2020 gelungen ist. Mit der Alterung der Gesellschaft schrumpft aber das Potential inländischer Arbeitskräfte in den nächsten 15 Jahren absehbar um 4 bis 6 Millionen Menschen. Die Wucht dieses Umbruchs macht es schwierig, das Wohlstandsniveau zu halten, ohne gleichzeitig auch alle verfügbaren Kräfte im Inland zu mobilisieren.



Arbeitskräfte heiß begehrt: Teilnehmer einer Jobmesse für ukrainische Geflüchtete der IHK Berlin

Foto dpa